Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 142 | Dresden, Dienstag den 22. Juni 1926 | 37. Jahrg.

Durchpeitschung der Fürstenvorlage?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Führer der Regierungsparteien des Reichstags hielten am Montag nach Schluß der Plenarsitzung eine Besprechung über die Erledigung des Regierungsentwurfs zur Fürstenabfindung ab. Sie beschlossen einmütig, an diesem Gesetzentwurf festzuhalten, und verpflichteten sich, keine Abänderungsanträge zu stellen, aber alle Aenderungsanträge von anderer Seite zu prüfen. Im übrigen sind sie man überein, das Gesetz als verfassungändernd zu betrachten. Der Reichskanzler Marx wurde beauftragt, in diesem Sinne die Sozialdemokraten und Deutschnationalen zu unterrichten.

Abends um 7 Uhr empfing der Reichskanzler nacheinander die Abg. Graf Westarp (Dnat.), Müller (Franken, Soz.) und Treviranus (Wirtsch. Vgg.) zu einer Aussprache über die Fürstenabfindung. Er teilte ihnen den Entschluß der Regierung mit, jetzt die schnellste Verabschiedung des Fürstenabfindungsgesetzes zu tragen, und daß für den Fall, daß eine Verabschiedung mit der erforderlichen Mehrheit nicht erfolgen sollte, die Konsequenzen in einer Reichstagsauflösung zu sehen sind. Der deutschnationale Fraktionsführer Graf Westarp zeigte sich in der Besprechung mit dem Reichskanzler äußerst zurückhaltend, er erklärte sich aber persönlich gegen die Annahme des Entwurfes, ohne der Entscheidung seiner Fraktion vorgreifen zu wollen. Die deutschnationale Fraktion, die abends zusammentrat, faßte keinen bestimmten Beschluß; sie will vorläufig die Entwicklung der Dinge im Rechtsausschuß abwarten.

Genosse Hermann Müller ließ dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie im Rechtsausschuß Abänderungsanträge stellen wird und von dem Schicksal dieser Anträge ihre endgültige Stellungnahme abhängig zu machen gedenkt.

* * *

H. F. Nachdem das Enteignungsgesetz durch die Entscheidung des Volkes die nötige Mehrheit an Stimmen nicht erlangt hat, wird die Frage aktuell, was weiter geschehen wird.

Das letzte Wort hat nunmehr der Reichstag zu sprechen. Die Gesetzesvorlage, die die Regierung so zwischendurch im Reichstag eingebracht hat, und die nach der ersten Beratung im Plenum dem Rechtsausschuß überwiesen wurde, muß nun im Ausschuß weiterbehandelt und für die Vollsitzung spruchreif gemacht werden. Die Regierung hat erklärt, daß sie unter allen Umständen auf einer reichsgesetzlichen Regelung der Fürstenabfindungsfrage bestehe und eine beschleunigte Erledigung durch den Reichstag wünsche. Der Reichskanzler sprach auch von den Konsequenzen für den Fall der Ablehnung der Vorlage. Welcher Konsequenzen? Es gibt nur zwei: Rücktritt der Regierung oder Auflösung des Reichstags! Der Rechtsausschuß wird schon an diesem Dienstag mit der Beratung beginnen.

Das Schicksal der Regierungsvorlage ist mehr als zweifelhaft. Besonders dann, wenn es dabei bleibt, daß die Regierung ein derartiges Gesetz als verfassungändernd ansieht, das dann nur mit Zweidrittelmehrheit rechtskräftig beschlossen werden kann. Die Juristen selbst sind darüber sehr geteilter Meinung.

Die Regierung hat bisher mit starkem Nachdruck immer und immer wieder betont, daß jedes derartige Reichsgesetz, auch die nun zur Entscheidung stehende Regierungsvorlage, verfassungändernd sei. Sie hat sich auf diesen Standpunkt förmlich festgenagelt! In den Blättern der Regierungsparteien war bereits zu lesen, daß man durch eine „Präambel" (ein erklärender Vorspruch) den verfassungändernden Charakter ausschalten wolle. Ob das nach der bisherigen Festlegung juristisch so einfach sein wird, bleibt abzuwarten.

Die Regierungsvorlage deckt sich nach Inhalt und Form fast wörtlich mit dem sogenannten vierten Kompromiß der Regierungsparteien, das vom Reichstag bereits abgelehnt wurde. Nach Ostern der Volksentscheides ist die Lage allerdings stark verändert. Besonders auch für die größte Fraktion des Reichstags, die sozialdemokratische. Jetzt muß verhindert werden, daß der bisherige Zustand wiederhergestellt, unter dem den Exfürsten von Zivilgerichten unerhörte Summen und Werte zugesprochen werden. Das kann nur durch ein Reichsgesetz verhindert werden!

Die Deutschnationalen und die Völkischen haben bisher jede reichsgesetzliche Regelung prinzipiell abgelehnt. Sie möchten den Zivilgerichten weiter die Möglichkeit geben, nach Willkür und Gutdünken die Fürsten zu begünstigen. Diese beiden Gruppen zählen zusammen 125 Angeordnete. Ihre Stimmen sind bei Aufrechterhaltung einer Zweidrittelmehrheit dann entbehrlich, wenn alle andern Fraktionen, auch die Kommunisten, zustimmen. Lehnen die Kommunisten ab und bleiben die zwei Rechtsparteien auf ihrem bisherigen Standpunkt stehen, dann wäre eine Annahme der Vorlage mit Zweidrittelmehrheit ganz aussichtslos, unmöglich.

Einfacher und günstiger für die Regierung gestaltet sich die Lage, wenn der verfassungändernde Charakter beseitigt wird. Eine Koalition einfache Mehrheit ist gegeben, wenn die drei Regierungsparteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten) und die Sozialdemokraten der Vorlage zustimmen. Es wird dann darauf ankommen, ob die drei Regierungsparteien bereit sind, das Gesetz so auszugestalten, daß auch die sozialdemokratische Fraktion ihm zustimmen kann.

Es wird auf die Regierungsparteien ankommen, ob sie noch bis vor oder links Zugeständnisse machen. Eine der beiden linken Fraktionen — Sozialdemokraten oder Deutschkommunale — ist unter allen Umständen für eine Mehrheit erforderlich. Wird die Vorlage in unserm Sinne verbessert, dann dürfte übrigens auch nicht einzusehen, warum sie die Kommunisten ablehnen sollten.

Daß unter die Vorlage im Ausschuß noch lang und breit verhandelt wird, ist kaum anzunehmen. Denn doch ist vorher schon die Angelegenheit nach allen Richtungen hin eingehend erörtert worden. Es wird nur noch über die Anträge abzustimmen sein. Es fragt sich nur, ob die Bürgerlichen wiederum alle sozialdemokratischen Anträge ablehnen, wie sie es bisher getan haben.

*

Rollstimmung im Rechtslager

Der Einbruch in die bürgerlichen Wählermassen

Im Lager der Rechten herrscht über den Ausgang des Volksentscheids mehr Katzenjammer- als Siegesstimmung. Bezeichnend dafür sind die Stimmen der Berliner Presse am Montag abend. Die völkische Deutsche Zeitung ist zufrieden, daß „die ärgste Schmach abgewendet" ist. „Rein zahlenmäßig betrachtet", erklärt das Blatt, „gibt der Ausgang des Sonntags den anständigen Deutschen keinen Anlaß zur Freude ... Bedenkt man, daß es niemals gelingt, sämtliche Stimmberechtigten an die Urne zu bringen, so erscheint der Erfolg (der Sozialdemokratie. D. Red.) noch größer. Ueberall in der deutschen Republik haben die Ja-Stimmen gegenüber den beim Volksbegehren abgegebenen zugenommen ... Am schlimmsten sieht es im Wasserkopf Berlin aus, in dessen inneren Stadtteilen rund zwei Drittel, während in Groß-Berlin über die Hälfte aller Berechtigten mit Ja gestimmt haben."

„Es ist Sozialdemokraten und Kommunisten", meint die deutschnationale Kreuzzeitung, „nicht gelungen, im ersten Ansturm die Schanze zu nehmen, die in jahrelanger, mühevoller Arbeit gegen den Bolschewismus aufgerichtet wurde. Und trotzdem haben wir so wenig Grund, von einem durchschlagenden Erfolg zu reden, wie die Linke. **Der Einbruch in die bürgerlichen Wählermassen ist den Marxisten** dank der Haltung der Demokraten in noch stärkerem Maße als beim Volksbegehren gelungen."

Der Hugenbergsche schwarzweißrote Lokalanzeiger gibt der „Befriedigung" des guten Bürgertums Ausdruck, fügt aber hinzu, daß von einer Jubelstimmung über die Niederlage der Linken man sich vollkommen frei wisse. Für die Deutsche Allgemeine Zeitung sind die 14,5 Millionen „das erwartete Ergebnis", das an sich nicht überraschen könne, „ohne freilich irgendwelchen Anlaß zu besonderen Jubelfeiern zu bieten". Das Blatt orakelt dann anschließend in Regierungsbildung und meint: „Da der Volksentscheid abgelehnt worden ist, läge der Versuch zu einer Einbeziehung der Rechten nahe. Angesichts der politischen Situation, vor allem im Zentrum, ist dieser Weg heute nicht gangbar. Wir halten auch den psychologischen Moment für die Wiederholung der ersten Luther-Koalition für noch nicht wiedergekommen."

Die Tägliche Rundschau ist sich klar, „daß wir deshalb noch lange nicht den Sieg unser nennen können ... Ein Sturmangriff ist abgeschlagen, andre werden folgen." Die Germania erklärt: „Immerhin bedeuten die 14½ Millionen Stimmen ... einen Erfolg für die Antragsteller. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben ... Legt man die bei der letzten Reichstagswahl für Sozialisten und Kommunisten abgegebene Zahl zugrunde, dann kommt man zu einem Plus von über 4 Millionen Stimmen. Es kann nicht bestritten werden, daß der größte Teil dieses Zuwachses aus dem Lager der nichtsozialistischen Parteien gekommen ist." Das Blatt stellt dann eine Betrachtung an über die Beteiligung der Zentrumswähler am Volksentscheid und erklärt, es lasse sich nicht bestreiten, „daß hier den Sozialdemokraten und Kommunisten ein bedenklicher Einbruch in die nichtsozialistischen Wählerkreise gelungen ist".

Die Anderen

Warum haben viele Wähler beim Volksentscheid Nein-Stimmen abgegeben oder die Flucht vor der Urne ergriffen?

Abschreckung, eingelogene Angst, korrupte und spießbürgerlich-naive Rechtsbegriffe, Faulheit, Bequemlichkeit, Unentschlossenheit — alles mag man verantwortlich machen. Schwindelagitation, Demagogie, lügnerische, verleumderische Hetze, Terrorismus und Drohungen bewegen vielleicht zwei, wenn's hoch kommt drei oder vier Millionen, auf das sonnenklarste Volksrecht zu verzichten, bewegen Menschen von schwankender Gesinnung, deren Mehrzahl vielleicht in unterdrückter Stellung moralisch dahinsiecht. Die große Masse ist anders gebaut.

In ihr lebt noch und noch lange wird das fortschleichend unsern Charakter als Volk kennzeichnen, die unterwürfige Kriechseligkeit der Fürstenzeit. Was waren unsere Schulen vor dem Umsturz? Zuchtstätten und Brutherde der Staatsbürgerentmannung. Was war ein Seminar? Ein Ort des Rückgratbrechens. Was war die Armee? Eine Institution, wo der letzte Rest von Selbstwille im Manne gebrochen wurde.

Von lange her sind all diese moralischen Gifte dem Deutschtum eingespritzt worden. Mit einer Erhebung des Staates auf den Götterthron begann der Wahnsinn. In der typischen Weltfremdheit des metaphysischen Gedankenpoeten, der das bißchen arme Wirklichkeit hinter dem Schleier selbstgewobener Ideologien nicht gewahr werden kann, erklärt ein Hegel den Staat für die absolute Vernunft. Konservative Schlauheit und Engstirnigkeit verstehen darunter — den Hohenzollernstaat. Und was ist der Staat? L'état c'est moi! klingt es aus dem 18. Jahrhundert herüber von eines „Sonnenkönigs" Lippen, dessen Regiment eine Folge finsterer Untaten ist. „Der Staat bin ich!" Eifrig und mit allen Mitteln einer zwar plumpen, aber faustdicken Massensuggestion ist der Glaube an die Herrscherherrlichkeit nach der Volkserhebung von 1813/14 jahraus, jahrein neu gezüchtet worden. Um zwei Dutzend Familien an der Krippe und im Sonnenglanze zu erhalten, notzüchtigte man mit der hohnwürdigsten Schamlosigkeit selbst die Religion, der man anzuhängen vorgab, zerrte „Gott" selber hinein in das nackte Interessenspiel machtlüsterner und besitztoller Gesinnung: Gottesgnadentum der Fürsten ...

Bis in die Vorzeit des Volkes griffen fälschende Wissenschaft, treubrüchige Verblendung zurück, schleppten aus Germanentagen auf den Altar des Dynastenkultes der erlogenen, verbogenen Begriff „deutscher Treue". Längst hat sachliche Geschichtswissenschaft, selbst ein ehrlicher Bürgerlicher, wie Theodor Lindner erkannt und ausgesprochen, daß die deutsche Geschichte nicht um ein Haar mehr Treuemoral aufweist als die der Azteken oder Samurai. Greuel der Untreue stinken aus der Geschichte der germanischen Frankenherrscher, Karls des Großen, seiner Nachkommen und Nachfolger zu Hunderten gen Himmel. Dennoch „ragt" in allen Schulen „leuchtend empor" die — — Hundetreue des Mörders Hagen, und von Wilhelms des Flüchtlings phrasentrunkenen Lippen erscholl das hehre Zauberwort in alle Welt: „Nibelungentreue". Blickt nicht tiefer hinein in jene Burgundenabenteuer, es könnte euch übel werden: eine urfreie Lichtgestalt, der ungebrochene Deutsche Siegfried, wird von einem plumpen Böse-wicht ermordet und ein Geschlecht, das die Gottheit mit Blindheit geschlagen hat, verrät um das Nibelungengold die Schwester und um irrsinniger Aftertreue zum Mörder die Treue gegen Siegfried, gegen die eigene Ehre und das eigene Dasein, unterwirft sich knechtselig der Tollheit eines eingebleuten Moralbegriffs! Als „Nibelungentreue" feiert man solches nach tausend Jahren fortgeerbten Wahns!

Absolute Vernunft, Gottesgnadentum, deutsche Treue — nur Worte scheinen es zu sein, leere und dumme, triviale und verbrecherische Worte sind es für den frei Sehenden — und doch liegt in ein paar solchen Phrasen, die raffinierte und kindisch-gläubige Lippen millionenmal vor unmündigen Ohren wiederholt haben, das wahre „Geheimnis". (Oder ist es kein Geheimnis, daß ein halbes Volk sein offenkundigstes Interesse mit Füßen tritt, wie der russische Muschik zur Leibeigenenbefreiungszeit die Dokumente der Freiheit?) Den letzten Grund der Völkerirrungen wie der Völkerentwicklungen bilden Glaube und Aberglaube!

Die revolutionäre Welle, aufgepeitscht von den gewaltigen Tatsachen der Not und des Erwachens aus fluchwürdigem Irrtraum, konnte das Fürsten- und Herrengeschmeiß wegschwemmen. Sie konnte Throne umwerfen und Familien verdrängen. Sie konnte in ein paar Millionen Deutschen der angeborenen Natur mit ihrem untrüglichen Gefühl für Recht und Freiheit zum Erwachen helfen. Sie konnte aus den andern Millionen den eingezüchteten, eingebeizten, bis in Rückenmark und Nervensystem eingedrungenen Knechtswahn nicht herausfegen.

Mit Nibelungentreue im Leibe und Geiste hat ein Großteil unseres Volkes am 20. Juni frei nach den tollsinnigen Burgunden die Ehre seiner freien Geburt, seines eigenen Daseins notdürftige Subsistenzmittel, sich selber verraten und zu dem Hagen-Geschlecht mörderischer Dynastien gehalten. Ein paar Blicke in die bürgerliche Presse, und das vollumfängliche Parolengenösch grinst einen an: Von der Treue zu den „Angestammten" bis zu der Meinung des „Recht"-Gedankens — welcher nichts anderes als der „Staatsgedanke" der Konservativen ist! —, vom Mißbrauch Gottes im Bischofsmantisch bis zu der Ausmünzung dieser uralten „Goldwerte" in das Kleingeld der alltäglichen Volksverdummung ist jede Verdrehung hellichter Begriffe vertreten.

Das Geschlecht, das den Krieg gewollt hat, wird die Sonne nicht mehr sehen, prophezeite Rathenau. Uns ist aufgegeben die Kleinarbeit der Aufklärung von Mensch zu Mensch, das Tagewerk der Entknechtung des Nachbarn und des Nachbarn des Nachbarn. Ehe nicht die Unterwürfigkeit dieser Generation viel weiter ausgestorben ist als heute, werden wir vor Niederlagen der Freiheit und des Rechts nicht sicher sein ...

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260622/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG